

Protokollauszug

Sitzung des Mobilitätsausschusses und des AVV Beirats vom 13.03.2025

Zu Ö 17 „Richtlinien für Fahrradabstellanlagen und -ladestationen festlegen“, Ratsantrag der SPD Fraktion vom 18.02.2021
zur Kenntnis genommen
FB 68/0153/WP18

Er empfehle, das Thema auch in den PLA zu geben, so Herr van den Hurk. Schließlich handele es sich um ein Thema der Stadtgestaltung. Die Farbe der Stationen sei ihm persönlich egal, wichtiger sei die Nutzbarkeit für alle, weswegen er dafür sei, die Stationen höher zu bauen. Diesen Aspekt stelle er über die Belange der Stadtgestaltung.

Herr Lindemann schickt sich an, die vereinbarten Maßnahmen des Radentscheids zu evaluieren. Dort vereinbart seien 2.500 Plätze in bewachten Fahrradparkhäusern und weitere 2.500 Plätze in solchen Stationen und ähnlichem. Stattdessen habe man bis heute nur die Richtlinien bekommen. Die Farbe sei ihm persönlich auch egal.

Ratsherr Fischer verweist darauf, dass die Verwaltung bereits vieles in die Wege geleitet habe, was dann aus den unterschiedlichsten Gründen stagniert sei, wie zum Beispiel das Fahrradparkhaus am Bahnhof Rothe Erde oder die Station am BlueGate Gebäude. Die Idee zur Erarbeitung von Richtlinien hingegen stamme von einem Ratsherrn und nicht von der Verwaltung. Er möchte wissen, warum man nicht auf die standardisierte Radbox NRW zurückgreife und so mit dem Design ein nrw-weit einheitliches Erkennungsbild generiere.

Grundsätzlich sei ihr die Farbe auch egal, so Frau Strack. Wichtig sei jedoch die kontrastreiche Hervorhebung mittels Sicherheitsstreifens.

Man nehme die Anregung der Beteiligung des PLA gerne mit, so Beigeordnete Burgdorff. Auch die Argumentation bezüglich der Höhe der Anlage könne sie nachvollziehen. Es sei schlicht eine stadtgestalterische Entscheidung. Sie sei letztes in Düsseldorf gewesen, wo die Boxen alle die gleiche Höhe gehabt hätten, wie die in der Jakobstraße. Hinweisen wolle sie darauf, dass die Politik den Radentscheid gefällt habe und auch die in ihm enthaltenen Zahlen festgelegt habe. Die Fachverwaltung habe nicht dazu Stellung genommen, wie realistisch dies sei.

Sein Argument sei an die Koalition und nicht an die Verwaltung gerichtet gewesen, konkretisiert Herr Lindemann.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.